

Kein Fußbreit den FaschistInnen!

Vor 30 Jahren wurden die Jungen Nationaldemokraten (JN) gegründet als Jugendorganisation der NPD, der ältesten noch existierenden Partei der extremen Rechten in der BRD. Die Landeszentrale der NPD und JN befindet sich in der Gunningfelderstraße 101 in Bochum Wattenscheid. Die JN hat sich von der bedeutungslosen, biedereren Parteijugend der miefigen NPD zur straffen Kaderorganisation mit beachtlichem Einfluß auf die militante rechte Szene entwickelt. Ihr Ziel ist es, den „nationalen Widerstand“ zu bündeln, allerdings erfuhr auch die JN eine tiefe Krise durch die V-Mann Affären der NPD im Zuge des gescheiterten Verbotverfahren und etlicher Querelen und Inhaftierungen von Mitgliedern des Landesvorstandes in den letzten Jahren.

NPD/JN und „freie Kameradschaften“

Trotz der relativ geringen Mitgliederzahl sind die Jungen Nationaldemokraten (JN) immer noch eine nicht zu unterschätzende Organisation. In der Vergangenheit nutzten sie ihren legalen Status als Parteijugend zur Anmeldung von Demonstrationen, Kundgebungen und Infoständen. Nico Wedding und Co versuchen im Westen von NRW, vor allem in Duisburg, Bottrop und Gladbeck wieder Aktivitäten zu entfalten.

Die zweite maßgebliche neonazistische Kraft sind die „freien Nationalisten“ bzw. freien Kameradschaften, sie sind in einem neonazistischen Netzwerk, dem sog. „Freien Nationalen Widerstand“ organisiert. Die „Freien“ verstehen sich explizit als nationalsozialistisch, sie haben es vorgezogen, sich in einer juristisch nicht zu erfassenden Organisation zu sammeln und durch die Schaffung von undurchsichtigen Strukturen vor der staatlichen Repression und antifaschistischen Interventionen zu „schützen“ bzw. schwer angreifbar zu machen.

Konkurrenz und Kooperation

In den letzten Jahren hat sich die Naziszene in NRW entscheiden verändert. War die JN bzw. die NPD noch einer der stärksten und aktivsten Organisationen in NRW so hat sich die Situation zugunsten von sog. „Freien Kameradschaften“ gewandelt. Trotz der Konkurrenz zwischen NPD/JN und den „Freien Kameradschaften“ werden oft Aktionen arbeitsteilig angegangen. In der Vergangenheit nutzte die NPD/JN ihren legalen Status für die Anmeldung von Kundgebungen und Aufmärschen und stellten ihre Logistik zur Verfügung. Die „freien Kameradschaften“ benutzten ihren Einfluß auf die unorganisierte militante rechte Szene und organisierte Ordnerdienste. Die „freien Kameradschaften“ gelten vor allem bei Jungnazis als attraktiver und konsequenter im „Kampf gegen Volksfeinde“ und treten somit letztendlich aus dem Schatten der

NPD/JN heraus. Seit 2000 übernehmen sie in NRW weitgehend die Anmeldung und Organisation von Aufmärschen. Ein prominenter Redner der „Freien Kameradschaften“ ist der bundesweit agierende Nazikader Christian Worch aus Hamburg, der auch gute Kontakte zu Siegfried Borchard (SS-Sigi) aus Dortmund hat.

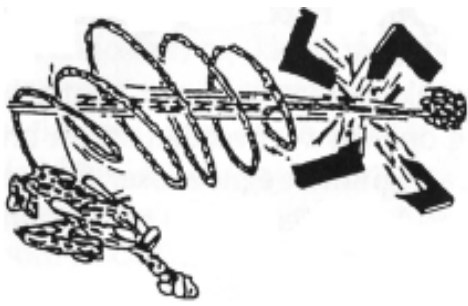
„Freie Kameradschaften“ sind heutzutage auf fast jedem Nazi-Aufmarsch im Bundesgebiet anzutreffen. Neben vielfältigen lokalen Aktivitäten sind überregionale Gedenkmärsche ein Mobilisierungshöhepunkt. So zum Beispiel anlässlich des Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess oder anlässlich des Geburtstages von Hitler.



Auch hat der Todestag (durch einen Autounfall) der verstorbenen Sauerländer Neonazikader Thomas Kubiak, Harald T. Mehr und Andre Zimmermann starken Mobilisierungscharakter. Die aktivsten und gefestigsten „Freien Kameradschaften“ sind in NRW vor allem die „Freie Kameradschaft Essen/Bochum, die Duisburger

Nazis verbieten?

Manch orthodoxe „MarxistInnen“ halten Faschismus für die „offen terroristische Diktatur der reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals“ und halten es trotzdem nicht für unlogisch, ausgerechnet vom kapitalistischen Staat das Verbot von Faschegruppen zu verlangen. Eine solche Staatsfixiertheit ablehnend, verlegen sich Anarchos da lieber auf ein „Nazis zerschlagen“, eine Aufforderung, die sich ja an unterschiedlichste AdressatInnen richten kann. Auch andere geben zu bedenken, daß mit Verboten ein staatliches Machtmittel eingefordert wird, welches schließlich vor allem gegen eher links gerichtete Organisationen eingesetzt wurde (Verbot von angeblich PKK nahestehenden Gruppen November'93), während faschistische Strukturen unbehellig bleiben oder sogar staatlich gefördert werden, wie etwa die rechtsextremen Landsmannschaften und Vertriebenenverbände. Was aber spricht dagegen, von diesem Staat nicht nur ein (polizeiliches) Eingreifen bei Angriffen auf Flüchtlingsheime zu verlangen, sondern auch die Auflösung von Gruppen, die diese Angriffe praktisch oder intellektuell vorbereiten? Nazis nutzen Organisationsstrukturen, um besser über finanzielle und personelle Ressourcen zu verfügen. Im Falle der NPD in Sachsen waren Nazis eklatant erfolgreich: Durch den Einzug in den Landtag verfügt die NPD über eine recht gute Infrastruktur. Vor allem in den neuen Bundesländern schaffen sich Nazis sogenannte „national befreite Zonen“, in denen sich AusländerInnen, Linke, Behinderte und Homosexuelle nicht mehr auf die Straße trauen können. Ein Verbot der Faschos würde ihre Handlungsfähigkeit stark einschränken und dem Terror von rechts einiges entgegensetzen, denn dass massive Verbote der Nazi-Szene schaden würden, ist unumstritten. Ob aber rechtsextreme Kader weniger gefährlicher wären, wenn sie zum Beispiel in der CDU agieren, statt in der als nicht gesellschaftsfähig geltenden NPD? Und haben Rechte in der CDU nicht viel größeren Einfluß auf das rassistische Klima im Land als ein paar Skinheads, die selbst von der Bildzeitung gehasst werden? Es darf nicht aus dem Blick geraten, daß CDU/CSU, SPD, FDP und die Grünen seit Jahren die Forderungen der Nazis politisch umsetzen. So wie z.B. die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durch das neue „Einwanderungsgesetz“!



„Kameradschaft Heinrich Bauschen“, die NPD nahe „Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten“ um Carsten Köppe und die „Kameradschaft Dortmund“ um Siegfried Borchard. Jedoch muß angemerkt werden, dass diese Aufzählung nur eine Momentaufnahme darstellt und sich die Naziszene in NRW ständig verändert.

Querfront und rechte Globalisierungskritik

Der Begriff Querfront bzw. Querfrontstrategie tauchte zum ersten mal in der späten Weimarer Republik auf. Kurt von Schleicher versuchte 1932 sein Präsidialregime gesellschaftlich und politisch zu verankern. Die Idee war, quer zu den politischen, ideologischen Trennungslinien der Parteien ein Bündnis zu schmieden. Er versuchte, Reichswehr, Gewerkschaften und den „linken“ Flügel der NSDAP zu vereinen; allerdings scheiterte er nach nicht ganz 2 Monaten. Einen Relaunch erfuhr die Querfrontstrategie allerdings durch die aufkommene Globalisierungskritik. Nazis versuchen, an die verkürzte Kapitalismuskritik wie sie in Teilen der globalisierungskritischen Bewegung vorherrscht, anzuknüpfen. Sie versuchen, mit ihrem antisemitischen Weltbild in verschwörungstheoretischem Jargon das Finanzkapital als Wurzel allen Übels darzustellen. Dass dieser Versuch an eine falsche und gefährliche Analyse des Kapitalismus anschließt, gehört natürlich zum Kalkül der Nazis, um sich den

GlobalisierungskritikerInnen anzubieten. QuerfrontstrategInnen propagieren die Solidarisierung mit verschiedenen, nach ihrer Meinung durch die „jüdisch bolschewistische Weltverschwörung“ unterdrückte Völker, so ist auch die Solidarität mit Palästina für Nazis kein Problem mehr... Fest zu halten bleibt, dass mensch immer und überall aufpassen muss und auf den ersten Blick links erscheinende Parolen hinterfragen sollte und auf die Gefahr einer verkürzten Kapitalismuskritik hinweisen muss, da gerade diese für Nazis anschlussfähig ist. Auch eine vorbehaltlose Solidarität mit sog. unterdrückten Völkern ist problematisch, denn nicht nur Linke propagieren internationale Solidarität.

Rechte Infrastruktur in NRW

Auch in NRW existiert eine nicht zu unterschätzende neonazistische Infrastruktur, die aus Verlagen, Nazi-läden, Bildungseinrichtungen und Rechtsrockbands- und Versänden besteht. Vor allem in ländlichen Regionen sind Naziversände anzutreffen, da sie dort, ohne großartig aufzufallen, ihre widerliche Propaganda ungescholten verschicken können. Auch das Nazibildungszentrum, Collegium Humanum (C.H.) in Vlotho ist eine Anlaufstelle für Alt und Neonazis. Ursula Haverbeck-Wetzel vom C.H. unterhält regen Kontakt zu Horst Mahler und hat mit ihm und anderen internationalen und nationalen Nazis den „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) gegründet. Geschichtsrevisionistische Agitationen gehören zur Grundlage aller Publiktionen von Nazis.

Staatlicher Antifaschismus?!?

Nach den Pogromen von Rostock und Mölln propagierte die politische Elite den sog. „Aufstand der Anständigen“. Doch was ist davon geblieben? Und war dieses Bemühen konsequent? Sobald die Lichterketten erloschen waren und Deutschland im Ausland seinen Ruf „rein“ gewaschen hatte, war nichts mehr vom „antifaschistischen“ Engagement der politischen Elite zu spüren. Der Verfassungsschutz subventionierte die NPD massiv durch die Bezahlung der V-Männer! Auch leugnen Politiker oft die Existenz einer gewalttätigen Naziszene in den Städten in NRW. Es wird erst etwas unternommen, wenn die Übergriffe so massiv geworden sind, dass sie nicht mehr zu leugnen sind und der Ruf der Stadt in Gefahr gerät. Sobald sich aber augenscheinlich alles normalisiert hat, verschwindet das scheinheilige Engagement. Bei Problemen mit Nazis nach dem Staat zu rufen führt meist zu nichts; nur ein konsequentes phantasievolles Einschreiten kann erfolgreich gegen neonazistische Tendenzen sein. Organisiert euch und stellt euch dem Nazimob in eurer Stadt, auf eurem Land offensiv entgegen! Kein Fußbreit den FaschistInnenen!!!



Kuhpon

- o Schickt mir kostenlos ein Infopaket und regelmäßig Eure Zeitungen *Schlagloch* und *Tendenz* zu!
- o Ich will aktiv werden, ladet mich doch mal zu euren Treffen ein!
- o Ich habe meine Eltern schon lange nicht mehr rot anlaufen sehen. Ich will Mitglied werden!
- o Euch Radikale melde ich dem Verfassungsschutz. Laßt mich bloß in Ruhe.

Name, Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon, E-Mail:

Alter Beruf

Einsenden an JD/JL NRW, Herner Straße 79, 44791 Bochum
E-Mail: Info@jungdemokratinnen.de, www.jungdemokratinnen.de



JungdemokratInnen/Junge Linke NRW